



# Aufruf an die Kollegenschaft

Liebe Frau Kollegin, lieber Herr Kollege, es gibt ein Thema, das den Freien Verband Deutscher Zahnärzte als Interessenvertretung der freien Berufsausübung im vergangenen Jahr besonders beschäftigt hat: das Vordringen von Kapitalinvestoren in den Bereich der ambulanten zahnmedizinischen Versorgung. Getrieben von der Aussicht auf hohe Renditen nutzen Finanzspekulanter ein vom Gesetzgeber weit geöffnetes Einfallstor, um zahnmedizinische Versorgungszentren (ZMVZ) zu gründen und zu Dentalketten auszubauen. Die Sorge um den Ausverkauf der zahnmedizinischen Versorgung treibt uns weiterhin um. Denn die Folgen für die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung werden in absehbarer Zeit dramatisch sein, wenn dieses Einfallstor nicht geschlossen wird: Praxen in ländlichen Regionen werden verschwinden, junge Kolleginnen und Kollegen werden immer weniger freiberuflich und selbstständig arbeiten können – und nicht

zuletzt unsere Patienten werden die Auswirkungen von industrialisierter Zahnheilkunde zu spüren bekommen. Dieser Entwicklung treten wir als politischer Verband, der sich für die freie zahnärztliche Berufsausübung einsetzt, entschieden entgegen.

## JETZT KÖNNEN SIE UNS UNTERSTÜTZEN

Nun sind Sie gefragt. Sie können helfen, indem Sie Ihr Bürgerrecht ausüben: Treten Sie an Ihre Bundes- und Landtagsabgeordneten heran, und schildern Sie ihnen die Gefahren, die für die Versorgung Ihrer Patienten zum Beispiel durch die nicht mehr mögliche Praxisübergabe in jüngere Hände oder durch den einsetzenden Preiswettbewerb für die Leistungsqualität entstehen.

Informieren Sie Ihre Kommunalpolitiker darüber, dass ein in Jahrzehnten entstandenes und funktionierendes System der flächendeckenden zahnärztlichen Versorgung stark gefährdet ist, wenn jetzt die Weichen nicht anders gestellt werden. Ihre FVDZ-Hauptversammlung hat im Oktober einstimmig diesen Investoren-MVZ die Rote Karte gezeigt. Leiten Sie diesen Protest im Rahmen Ihrer Möglichkeiten weiter. Denn noch ist es möglich, die Abgeordneten zum Nachdenken und die Politik zum Einlenken zu bewegen. Nutzen Sie sie zusammen mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Freien Verband Deutscher Zahnärzte! Der politische Prozess ist in vollem Gange und nimmt im neuen Jahr noch einmal an Fahrt auf. Denn dann wird der Bundestag über das Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) beraten, in das Regelungen zu ZMVZ einfließen könnten, um das Einfallstor für Investoren in den zahnärztlichen Bereich möglichst zu schließen. Noch haben wir es in der Hand. Noch können wir gemeinsam viel bewegen.

Ihr

Harald Schrader

Dr. Peter Bührens

Dr. Gudrun Kaps-Richter

Geschäftsführender Bundesvorstand des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte